

Die Gesellschaft fordert von der Bundesregierung Verhandlungen mit Russland für einen Frieden in der Ukraine. Die deutsche Industrie und Wirtschaft brauchen diesen Frieden, um den fortschreitenden Abstieg aufzuhalten. Bislang scheint nur die Rüstungsindustrie zu profitieren, alle anderen verlieren. Von **Armin Langer**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

<https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/260305-Frieden-Ukraine-Belebung-deutscher-Wirtschaft-NDS.mp3>

Podcast: [Play in new window](#) | [Download](#)

Eine Eskalation zwischen Deutschland und Russland hat in der Geschichte weder Russland noch Deutschland genutzt — Deutschland am wenigsten. Die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik wollen nach aktuellen Umfragen keine neue Spirale der Spannungen, und das derzeitige „kalte“ Verhältnis scheint am Ende vor allem den USA zu nutzen. Nach fast vier Jahren Krieg in der Ukraine hat sich die deutsche Wirtschaft nicht erholt und die Industrie schrumpft weiter. Eine Mehrheit der Deutschen fordert nun, parteiübergreifend den direkten Kontakt wieder aufzunehmen: Laut der Nachrichtenagentur *dpa* sprechen sich 58 Prozent der Deutschen dafür aus, dass Friedrich Merz und Wladimir Putin sich treffen, um den Krieg in der Ukraine zu beenden. 26 Prozent lehnen dies ab. Bemerkenswert ist, dass die Idee direkter Gespräche den stärksten Rückhalt nicht bei rechten Wählern findet, sondern ausgerechnet im politischen Lager des Kanzlers: Unter CDU-Wählern sind es 64 Prozent. Friedrich Merz selbst bleibt skeptisch. Den geringsten Zuspruch verzeichnet die Linke, doch auch dort sprechen sich 47 Prozent dafür aus — faktisch ebenfalls eine Mehrheit, da die Gegner in der Unterzahl sind.^[1]

Kein anderes Land in der EU braucht Frieden so dringend wie Deutschland — einen Frieden in der Ukraine unter europäischer Beteiligung, nicht unter amerikanischer. Die Normalisierung der Beziehungen zu Russland ist für die Bundesrepublik demnach keine außenpolitische Floskel, sondern eine wirtschaftliche Notwendigkeit: Es geht um die Diversifizierung von Rohstoffquellen, Energieversorgung, Logistik und Absatzmärkten, von denen der Zustand der deutschen Industrie unmittelbar abhängt. Zwar dominiert in entwickelten Volkswirtschaften der Dienstleistungssektor, doch dieser ist auf ein funktionierendes produzierendes Gewerbe angewiesen. Ohne Fabriken gibt es nichts zu transportieren, nichts zu handeln und keine Grundlage für Bank- oder Versicherungsdienstleistungen.

In der deutschen Industrie wächst derzeit vor allem die Rüstungsbranche, die jährlich um sieben Prozent zulegt — hauptsächlich aufgrund von Aufträgen aus und im Zusammenhang mit der Ukraine, deren größter Lieferant Deutschland ist. Wer auf einen baldigen Frieden gehofft hat, sieht sich durch Aussagen aus der Rüstungsindustrie eines Besseren belehrt. Rheinmetall-Chef Armin Papperger rechnet trotz optimistischer Signale nicht damit, dass die Konfliktparteien noch in diesem Jahr zu einer Einigung kommen.[2] Die Interessen des größten deutschen Rüstungskonzerns sind in Regierungskreisen und Bundesministerien gut vertreten. Ein Beispiel ist Sigmar Gabriel, ehemaliger Vizekanzler, Außenminister und SPD-Vorsitzender, der im Aufsichtsrat von Rheinmetall sitzt. Das wirft die Frage auf, wie eng Rüstungsindustrie und Außenpolitik in der Bundesrepublik miteinander verflochten sind.[3]

Alle anderen Branchen befinden sich in einem beschleunigenden Niedergang. Die deutsche Industrieproduktion hat sich vom Einbruch der Pandemiejahre bis heute nicht erholt. Mitte 2025 lag die Produktion bei nur noch rund 85 Prozent des Niveaus von 2019, nachdem sie 2023 noch bei etwa 95 Prozent geschwankt hatte. Damit ist etwa ein Sechstel der Industrie weggefallen.[4] Die Wirtschaft stagniert seit drei Jahren, im vergangenen Jahr lag das BIP-Wachstum bei mageren 0,2 Prozent. Fast alle Faktoren dieses Abschwungs werden auf geopolitische Ursachen zurückgeführt. Die Sanktionen hätten zu einem Mangel an Rohstoffen und Energie geführt. Der Wegfall Russlands als großer Lieferant habe das Angebot verknappt und die Energiepreise - marktbedingt - steigen lassen. Frieden und eine daraus folgende Aufhebung der Sanktionen würden diese Faktoren beseitigen und den Weg für eine wirtschaftliche Erholung ebnen.

Für die Unternehmen würde das vor allem eines bedeuten: günstigere Energie. Besonders deutlich zeigt sich der Wandel beim Gas. Früher kam es per Pipeline, heute in Form einzelner LNG-Lieferungen auf dem Seeweg — teurer und deutlich unzuverlässiger. Was das konkret bedeutet, lasse sich aktuell beobachten: Das größte deutsche Flüssiggas-Terminal in Mukran liegt still, weil kein Tanker anlegen kann. Das Meer ist zugefroren, der einzige Eisbrecher ausgefallen. Der Ausfall eines einzigen Terminals genügt demnach, um das deutsche Energiesystem ins Wanken zu bringen. Die Gasspeicher sind zu 27 Prozent gefüllt, ein Rekordtief.[5]

Auch die Stahlindustrie könnte sich erholen — das Rückgrat des Bausektors und des traditionell starken deutschen Maschinenbaus. Derzeit verliert sie jedoch weiter an Boden. ThyssenKrupp fährt die Produktion zurück und streicht 11.000 Stellen, während bereits ein Drittel des in der EU verbrauchten Stahls aus Asien stammt. Europäische Autos sind im Preiswettbewerb mit chinesischen Fahrzeugen ohnehin im Nachteil. Hinzu kommt, dass sie aus demselben Stahl gefertigt werden wie die Konkurrenz — nur teurer.[6]

Der Industrie fehlt es nicht nur an Ressourcen, sondern auch an Absatzmöglichkeiten: Der kaufkräftige russische Markt ist weggefallen. Sie muss Brennstoffe und Rohstoffe zu höheren Preisen beziehen und ihre Produkte zu niedrigeren Preisen verkaufen. Die Strategie, die die EU in ihrer Konfrontation mit Russland gewählt hat, erscheint ungewöhnlich und historisch beispiellos. Vor dem Ersten Weltkrieg, als das Russische und das Deutsche Kaiserreich bereits verfeindeten Militärbündnissen angehörten, wurde der Handel nicht eingeschränkt. Deutschland bezog von seinem östlichen Nachbarn Öl und Kohle, verarbeitete diese zu Eisen und verkaufte Maschinen. Auch während des Kalten Krieges lief der Handel zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion, trotz des Eisernen Vorhangs, ohne Unterbrechung weiter: Westdeutschland bezog 30 Prozent seines Gases aus der Sowjetunion. Die europäischen Selbstbeschränkungen erscheinen vor diesem Hintergrund irrational. Von Öl- und Gaslieferungen zu Aufpreisen profitieren die USA, während ihre Flotte sämtliche Versorgungswege nach Europa kontrolliert.

Demnach kann nur ein Ende des Konflikts die Lage grundlegend verändern. Die öffentliche Meinung habe dies längst erkannt — früher als die Bundesregierung, in der die Lobby der Rüstungskonzerne offenbar weiterhin erheblichen Einfluss besitzt. Verhandlungen mit Russland sind somit, so sehr sich manche Politiker auch dagegen sträuben mögen, keine Frage möglicher Vorteile mehr. Es geht mittlerweile um die Rettung von Wirtschaft, Industrie und Wohlstand in Deutschland.

Titelbild: Halfpoint / Shutterstock

[«1] [Majority of Germans support Merz talks with Putin, poll shows](#)

[«2] [Rheinmetall CEO does not expect peace in Ukraine this year](#)

[«3] [Supervisory Board of Rheinmetall AG](#)

[«4] [Flash conjuncture France - Perspectives dans l'industrie manufacturière en 2025](#)

[«5] [The German natural gas crisis and the fossil fuel lull: When the natural gas system, which supposedly always works, fails](#)

[«6] [Can Germany's steel industry survive deepening cost crisis?](#)